

Kurt Brumlop

WIDER DEN ARBEITSDIENST

Die Fußnote, mit der die Redaktion den Artikel Prof. Schelskys „Für und wider den Arbeitsdienst“ in Nr. 8 der GM versah, zeigt, daß sie selbst Kritik an diesem Artikel erwartete. In der Tat fordern die Ausführungen Schelskys zu einer Erwiderung heraus.

Nachdem Schelsky selbst die wesentlichen Einwände gegen den Arbeitsdienst angeführt hat, kommt er schließlich zu Schlußfolgerungen, die nicht unwidersprochen bleiben dürfen. Es heißt in dem Aufsatz Schelskys:

„Angesichts des Umfangs der Jugendarbeitslosigkeit und -ausbildungsnot wird man auf keine sinnvolle Lösung überhaupt verzichten können: neben Lehrstätten, Wohn- und Beschäftigungsheimen, zusätzlichen Schulformen, vielleicht einem Haushaltsjahr für die Mädchen, wird auch das Arbeitslager seinen Platz einnehmen können und müssen.“

Haushaltsjahr für die Mädchen! Wir meinen, daß eine solche Maßnahme, die zum besseren Verständnis ihres Charakters als Pflichtjahr (wie im Dritten Reich) bezeichnet werden sollte, für die Gewerkschaften nicht erwägenswert ist. Sie steht auf einer Stufe mit der um 1933 herum berüchtigten Landhilfe. Selbst in der Nazizeit waren beide Maßnahmen umstritten, da sie im Grunde nur Begüterten - hier „besseren“ Haushalten, dort Mittel- und Großbauern - billige Arbeitskräfte verschafften, für die Jugendlichen aber kaum von Nutzen waren.

Zum Arbeitsdienst schlußfolgert Schelsky in seinem Artikel, man solle ihn auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit als Massenorganisation ablehnen. Das Arbeitslager für kleine Gruppen müsse aber seinen Platz wiedererhalten. Man soll sich doch keiner Täuschung über den erzieherischen Wert dieser Lager hingeben. Es ist gewiß für aktive Mitglieder einer Jugendbewegung recht anregend, in einem schön gelegenen Lager mit Vertretern anderer Jugendbünde Aussprachen zu pflegen. Der Verfasser dieser Zeilen war selbst 1931 Teilnehmer eines solchen dreiwöchigen Lagers für „Arbeiter, Bauern und Studenten“, wurde vier Stunden täglich gearbeitet und über Gott und die Welt diskutiert, und das trotz der vielfältigen Zusammensetzung, von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten, in einer durchaus nicht haßgeladenen Atmosphäre. Aber eine nachhaltige Wirkung konnten diese Lager schon wegen ihrer kurzen Zeitdauer auf die Teilnehmer kaum haben, es sei denn, daß sie unbefangene Teilnehmer verleiteten, ein solches Lagerleben als angenehm zu empfinden und sie dadurch empfänglich zu machen für die Propaganda des Arbeitsdienstes. Der sah dann allerdings mit seiner halb- bis einjährigen Dauer und der militärischen Zucht wesentlich anders aus und war weder angenehm noch erholsam.

Wie die Dinge heute liegen, wird doch sowohl von der Gewerkschaftsjugend wie auch von konfessionellen und anderen Jugendverbänden eine Schulung ihrer führenden Mitglieder betrieben. Diese Lager bzw. Schulen erscheinen uns auch wesentlich zweckmäßiger als die von Schelsky empfohlenen Arbeitslager. In diesen Schulen wird den Jugendlichen ein zwar zweckgebundenes, aber gerade darumeinheitliches und wirkungsvolles Bildungsprogramm geboten. Was hätten die Arbeitslager dem entgegensetzen? Doch nur ein aus dem verschiedenen Gedankengut der beim Staatsaufbau wirksamen Kräfte zusammengewürfeltes Programm oder gar den Versuch des Aufbaus einer Staatsjugend. Was der Staat an Stelle einer solchen abzulehnenden Maßnahme tun könnte, wäre eine stärkere finanzielle Unterstützung der Jugendorganisationen bei der Durchführung ihrer Schulungsmaßnahmen.

Wenn man die Nutzlosigkeit der Arbeitslager für die sozialisierende Ausbildung der Jugend erkennt, darf man doch die Gefahr nicht übersehen, die sie als Vorläufer eines neuen Arbeitsdienstes bilden könnten. Wer garantiert schließlich dafür, daß sich in ihnen nicht Kräfte breitmachen würden, die solche Pläne verfolgen? Da sich in der Regierungskoalition Parteien befinden, die den Arbeitsdienst befürworten, gibt es dagegen nur den Schutz der völligen Ablehnung des Arbeitslagers.

Ganz anders liegen die Dinge bei Lehrlingsheimen und Wohnheimen für jugendliche Arbeitskräfte. Diese bejahen wir ebenso wie Prof. Schelsky¹, wenn auch nur als Notlösung. Die Jugend braucht wirkliche tariflich bezahlte Arbeit oder eine Berufsausbildung. Alles andere ist unbrauchbar.

Keinesfalls sollten Hilfsmaßnahmen für die Jugend ablenken von der eigentlichen Aufgabe. Sie lautet aus gewerkschaftlicher Sicht: Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Mitbestimmung². Für diese Nahziele der Gewerkschaften die oft noch brachliegenden Kräfte der Jugend in Bewegung zu setzen ist eine lohnende Aufgabe.

1 Hoffnungsvolle Ansätze zur Herausnahme der Jugendlichen aus den Lagern sind im Bergbau durch die Gründung von Pestalozzi-Dörfern für Jungbergleute gemacht worden, wie auch von anderer Seite durch die Jugenddörfer für Heimatlose.

2 Dr. Fischer, ein Sachbearbeiter des DGB für wirtschaftliche Mitbestimmung, schlug vor kurzem die Schaffung von Jugendbetriebsleitungen und Juniorenkammern als Schulungsmaßnahme vor.